Mayotte: Behörden warnen vor Hunger und Krankheiten nach Zyklon

Nach dem verheerenden Zyklon Chido in Mayotte befürchten die Behörden Hunger und Krankheiten, während die Zahl der Todesopfer in Mosambik steigt. Die Situation erfordert dringende Hilfsmaßnahmen.

Die Behörden in **Mayotte** arbeiten mit Hochdruck daran, Hunger, Krankheiten und Gesetzlosigkeit in dem französischen Überseegebiet zu bekämpfen, das nach dem verheerenden

Zyklon Chido am Wochenende getroffen wurde. In Mosambik wurden unterdessen Dutzende von Todesfällen infolge des Sturms gemeldet.

Die verheerenden Auswirkungen von Zyklon Chido

Behörden schätzen, dass in Mayotte Hunderte, möglicherweise sogar Tausende von Menschen ums Leben gekommen sein könnten. Der Zyklon hat große Teile des Archipels vor der Ostküste Afrikas verwüstet, bevor er das Festland erreichte. Französische Beamte befürchten, dass die vollständigen Ausmaße der Zerstörung erst in den kommenden Tagen bekannt werden, da viele Gebiete noch unzugänglich sind und einige Opfer bereits begraben wurden, bevor ihre Todesfälle offiziell erfasst werden konnten.

Bisher wurden 22 Todesfälle und mehr als 1.400 Verletzungen bestätigt, wie der Bürgermeister der Hauptstadt Mamoudzou, Ambdilwahedou Soumaila, am Dienstagmorgen gegenüber Radio France Internationale mitteilte.

Dringende Hilfe wird benötigt

„Die Priorität heute sind Wasser und Nahrungsmittel“, sagte Soumaila. „Es gibt Menschen, die leider gestorben sind, deren Leichname beginnen zu verwesen, was ein gesundheitliches Problem darstellen kann.“ Zudem betonte er: „Wir haben keinen Strom. Nach Einbruch der Dunkelheit nutzen manche Leute die Situation aus.“

Am Dienstag sollen 20 Tonnen Lebensmittel und Wasser per Luft- und Seetransport eintreffen. Die französische Regierung kündigte an, dass 50 % der Wasserversorgung innerhalb von 48 Stunden wiederhergestellt werden sollen, und 95 % innerhalb einer Woche.

Schutzmaßnahmen und Notfälle

Das französische Innenministerium gab bekannt, dass ab Dienstagabend von 22 Uhr bis 4 Uhr Ortszeit eine Ausgangssperre verhängt wird. Rettungskräfte suchen in den Trümmern von Elendsvierteln nach Überlebenden, die von den 200 km/h schnellen Winden des Zyklons weggespült wurden.

Chido war der heftigste Sturm, der Mayotte seit über 90 Jahren getroffen hat, wie der französische Wetterdienst Meteo France berichtete. In Mosambik wurden mindestens 34 Menschen getötet, wie die Behörden am Dienstag mitteilten. Außerdem gibt es in Malawi sieben Todesfälle zu beklagen.

Politische Auseinandersetzungen im Gefolge der Katastrophe

Nach einer Notkabinettssitzung am Montag erklärte der französische Präsident Emmanuel Macron, dass er in den kommenden Tagen Mayotte besuchen werde. Die Katastrophe hat schnell eine politische Debatte über Zuwanderung und Umwelt sowie über Frankreichs Umgang mit seinen Überseegebieten ausgelöst.

Mayotte sieht sich seit Jahren mit Unruhen konfrontiert, da viele Bewohner wütend über illegale Einwanderung und Inflation sind. Mehr als drei Viertel der etwa 321.000 Einwohner leben in relativer Armut, davon wird geschätzt, dass etwa ein Drittel als undocumented migrants, hauptsächlich aus den nahegelegenen Komoren und Madagaskar, gelten.

Die Reaktion der Regierung auf die Krise

Der kommissarische Innenminister Bruno Retailleau von der konservativen Republikaner-Partei sagte auf einer Pressekonferenz in Mayotte, dass das Frühwarnsystem „perfekt“ funktioniert habe, jedoch viele der Undocumented Migrants

nicht zu den vorgesehenen Notunterkünften gekommen seien. Einige Beamte vermuten, dass diese Flüchtenden Angst vor einer Festnahme hatten.

Retailleau betonte in einem späteren Beitrag auf X, dass die Auswirkungen des Zyklons die Notwendigkeit unterstreichen, „die Migrationsfrage“ anzugehen. Er erklärte: „Mayotte ist das Symbol für die Drift, die die (französischen) Regierungen in dieser Angelegenheit zugelassen haben.“

Linke Politiker hingegen machen die Regierung für die Vernachlässigung von Mayotte und das Versagen bei der Vorbereitung auf katastrophale Naturereignisse, die mit dem Klimawandel in Verbindung stehen, verantwortlich. Olivier Faure, Vorsitzender der Sozialistischen Partei, kritisierte in einem Beitrag auf X die Aussagen Retailleaus: „Er hätte die Rolle des Klimawandels in der Zunahme extremer Wetterkatastrophen hinterfragen können.“

Der Premierminister François Bayrou, der letzte Woche ernannt wurde, um Frankreich aus einer politischen Krise zu führen, sah sich ebenfalls Kritik ausgesetzt, da er an einem Gemeinderatstreffen in Pau, seiner Heimatstadt, teilnahm, anstatt Mayotte zu besuchen.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at